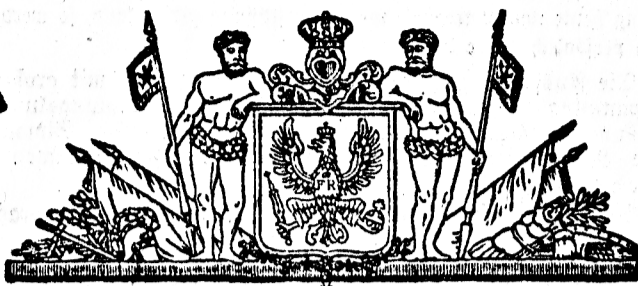


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Engelma Stummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Regungsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Auen d. Handelst.): Jul Eibau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Der Reichswirtschaftsrat über London.

Die Rede des Außenministers

Der Reichswirtschaftsrat hatte heute das äußere Gepräge eines großen Tages. Saal und Tribünen waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf der Tagesordnung stand die letzte Aussprache der obersten Vertretung der deutschen Wirtschaft mit dem Außenminister Dr. Simons vor dem Eintritt der Reise nach London. Kurz nach 11 Uhr eröffnete der Vorsitzende E. D. Braun die Sitzung.

Die bevorstehenden Verhandlungen von London sind, so führte er aus, eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Wir wissen, daß wir schwere Lasten zu tragen haben, aber wir müssen dafür kämpfen, daß der Weg offen bleibt, der herausführt aus dem Elend. Das ganze Volk ist einig in der Ablehnung der unerfüllbaren Pariser Forderungen, aber ebenso erkennen wir die moralische Verpflichtung an, bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit den Friedensvertrag zu erfüllen. Viele Grenzen sind bestimmt, auf der einen Seite durch das, was die Gegner zu fordern berechtigt sind, auf der anderen Seite durch das, was Deutschland zu leisten imstande ist. Das Wort „Wo nichts ist, hat der Kaiser kein Recht verloren“, ist auch heute noch wahr, obwohl es keinen Kaiser mehr gibt. Man braucht nur an die Stelle des Wortes „Kaiser“ das Wort „Entente“ zu setzen. Es gibt keine Verpflichtungen, die über die Leistungsmöglichkeiten hinaus binden können. Selbst gemessen an dem Deutschland vor dem Kriege wären die Pariser Forderungen unerfüllbar, aber Deutschland hat während des Krieges und besonders nach dem Kriege eine ungeheure Schwächung seines Volkswirtschaftens erfahren. Lloyd George selbst hat im Unterhause anerkannt, was von Deutschland schon durch die Abtretung von Gebieten, durch die Hergabe der Kolonien, durch die Auslieferung der Handelsflotte, des Kriegsgüter, durch die Lieferung von Rohstoffen und durch die Uebernahme deutscher Unternehmungen im Ausland geleistet worden ist. Eine weitere Schwächung des Volkswirtschaftens würde jede Leistung unmöglich machen. Nur in Arbeit und Waren können Zahlungen geleistet werden. Auch das ist von Lloyd George anerkannt worden. Bei der Einschätzung unserer Leistungsfähigkeit haben wir mit einem schweren Vorurteil zu kämpfen, das auf den alle Erwartungen übertreffenden Leistungen der deutschen Wirtschaft während des Krieges beruht. Dieser Maßstab kann aber jetzt für die ausgepumpte und eines großen Teiles ihrer Hilfsmittel beraubte deutsche Wirtschaft nicht gelten. Deutschland braucht eine Atempause, um seine Leistungsfähigkeit zu erneuern. Darüber müssen sich unsere Gegner klar sein, daß sie mit der Sklaverei keine Leistung aus Deutschland herauspressen werden. Unser Nahrungsmittelspielraum ist durch die Gebietsabtretungen und durch die Auszumpfung unserer Landwirtschaft beschränkt. Unser Außenhandelsapparat ist zerstört. Der Handelsflotte sind wir beraubt, unsere Industrie ist eingeschnitten. Unter diesen Umständen sind Höchstleistungen der Produktion eine Unmöglichkeit. Das deutsche Volk wird lieber zu Grunde gehen, als selbst das Urteil der Pariser Forderungen unterschreiben, das die Anerkennung der Pariser Forderungen bedeuten würde.

„Ich richte an den Herrn Außenminister die Frage“, so schloß der Vorsitzende, „ob er gewillt ist, dem einmütigen Willen des Volkes zu entsprechen, die Pariser Forderungen abzulehnen und die Konsequenzen, wenn es sein muß, auch bis zum bitteren Ende zu tragen?“ Darauf ergreift der Außenminister Dr. Simons das Wort:

Reichsminister Dr. Simons.

Es ist mir eine große Genugtuung, daß die Aufforderung Ihres Herrn Vorsitzenden mir Gelegenheit gibt, vor der Reise nach London mit denjenigen Vertretern der deutschen Wirtschaft Fühlung zu nehmen, die nach der Verfassung in erster Linie berechtigt sind, Wortführer der deutschen Wirtschaft auch in den schweren Problemen zu sein, mit denen wir in London zu rechnen haben werden. Ich weiß, daß dieser Reichswirtschaftsrat genügend Mitglieder in seinen Reihen hat, die die Konsumenteninteressen zu vertreten berufen sind, aber im großen und ganzen hat das Ausland recht, wenn es den Reichswirtschaftsrat „Kammer der Arbeit“ nennt. Von der deutschen Arbeit wird Unerhörtes gefordert. Die Vertreter der deutschen Arbeit in jeder Form haben deshalb in erster Linie das Recht, gehört zu werden.

Nach der Tagesordnung handelt es sich um die Stellung des Reichswirtschaftsrates zu den Pariser Beschlüssen und zu der Londoner Konferenz. Gern möchte ich Sie mir daher, daß ich meine Ausführungen in diese beiden Teile gliedere: eine Kritik der Pariser Beschlüsse und eine kurze Uebersicht über das, was in London zu tun ist.

Ich muß ganz kurz auf etwas eingehen, was eigentlich kein rein wirtschaftlicher Punkt ist, aber doch sehr stark in die wirtschaftlichen Fragen hineinspielt. Das ist der Punkt der Entwaffnung.

Ich wiederhole den Grundsatz, den ich im Auftrage der Regierung bereits in meiner Reichstagsrede vorgetragen habe, daß die Reichsregierung die Entwaffnungsverpflichtung, die der Friedensvertrag von Versailles und das Abkommen von Spa Deutschland auferlegt hat, in der Form, wie sie heute in etwas mäßigeren Termijnen in Paris festgesetzt worden ist, lokal innerhalb des Rahmens des Friedensvertrages auszuführen bereit ist. Wir haben uns ja militärisch so ziemlich bis aufs Hemd ausgezogen. Es ist meiner Ansicht nach eine vollkommen Verdröhnung des Tatbestandes, wenn man davon spricht, daß wir noch militärisch gefährlich werden können. Von einem militärischen Angriff auf fremde Völker kann meiner Ansicht nach ernsthaft keine Rede sein. Sobald sich in der Durchführung der Entwaffnungsaktion unter der Kontrolle der alliierten Kommission Anstände ergeben haben, wie sie ja in außerordentlich großer Zahl in den Pariser Beschlüssen genannt worden sind, werden wir danach trachten, diese Anstände zu beseitigen, allerdings immer im Hinblick auf das, was uns der Friedensvertrag auferlegt. Es gibt aber unter diesen Umständen auch einige, wo wir der Ueberzeugung sind, daß unter dem Deckmantel der militärischen Abrüstung in Wirklichkeit eine Herabdrückung der deutschen Leistungsfähigkeit beabsichtigt ist, und wo tatsächlich nur eine Schädigung unserer Wirtschaftskraft das Endziel ist. Und hier ist auch der Reichswirtschaftsrat interessiert. Hier muß er eine Verständigung auf der Basis des Pariser Friedensvertrages zu erzielen suchen und sagen: hier geht ihr über eure Rechte hinaus.

Ich will in diesem Zusammenhange nur hinweisen auf die Frage der Diesel-Motoren, ich will hinweisen auf die Methode, mit der jetzt die Durchführung der Bestimmungen angestrebt wird, daß wir verpflichtet sind, gewisse „militärische“ Bestimmungen und Methoden darzulegen, Forderungen, die auf deutsche Geschäftsgheimnisse ausgelegt werden, um Einblick in gewisse Fabrikationsmethoden zu erlangen. Auch hier wird über das Maß des Erlaubten hinausgegangen. Ferner werden unter der Behauptung, es handle sich um Kriegsmaterial, auch zivilisatorisch außerordentlich wichtige Industrien geschädigt. Ich möchte endlich hinweisen auf die Unterdrückung der deutschen friedlichen Luftschiffahrt, die von so außerordentlicher Bedeutung ist, um den Verkehr mit der Außenwelt aufrecht zu erhalten.

Ich hoffe, daß uns in London Gelegenheit geboten wird, über diese Fragen eine Verständigung zu erzielen. Daß das der Fall sein wird, ist allerdings nicht sehr wahrscheinlich. Gerade jetzt hat der Oberste Rat durch die Agence Havas eine Mitteilung herausgehen lassen, die eine derartige Verständigung nicht gerade leicht erscheinen läßt. Ich will mich indessen auf diese Frage nicht weiter einlassen, weil sie zweifelhaft ist.

Die Reparationsfragen.

Unzweifelhaft ist aber, daß wir in der Reparationsfrage einen außerordentlich harten Ansturm bestreiten müssen, denn die Pariser Beschlüsse sind nicht etwa aus der Luft gegriffen, sondern sie sind in heißen Kämpfen und in großer Hast zustande gekommen, um den unbedingten Notwendigkeiten der finanziellen und Wirtschaftslage gerecht zu werden. Jetzt haben sich unsere Gegner auf eine Fassung geeinigt. Es wird ungeheuer schwer sein, sie zu einer anderen Meinung zu bringen. Wir werden ja in London Gelegenheit genug haben, uns über diese Fragen zu unterhalten. Freilich: wenn jetzt die französische Presse sagt, in London handle es sich überhaupt gar nicht mehr um eine Aenderung der Pariser Beschlüsse, sondern nur um deren Durchführung, dann gehen wir vergebens nach London. (Sehr richtig!) Denn eine Durchführung der Pariser Beschlüsse in ihrer heutigen Form halte ich für vollkommen ausgeschlossen. Es ist dies in den letzten Wochen auch mit so überzeugenden Gründen nachgewiesen worden, daß es mir ferne liegt, all diese Gründe nochmals aufzuführen. Ich will mich jetzt nur auf einen Punkt dieser Pariser Beschlüsse beschränken, nämlich die Unmöglichkeit der Durchführung der Annuitäten und die Unmöglichkeit der 12prozentigen Auflage auf unseren Export.

Es ist uns bekanntlich die Leistung von 6 Milliarden Goldmark jährlich auferlegt worden. Nun ist ausgerechnet worden, wieviel an Gesamtexportwerten die Leistung von 6 Milliarden Goldmark jährlich voraussetzt. Unsere Sachverständigen sind sich darüber einig, daß wir diese 6 Milliarden nur leisten können aus Ueberflüssen an Ausfuhrwerten. Auf die Dauer läßt sich aber ein Ueberflusse von Ausfuhr nur durch eine entsprechende Einfuhr bewirken. Ein großer Teil der Waren, die wir ausführen, beruht ja auf der Einfuhr von Rohstoffen und der Einfuhr derjenigen Lebensmittel, die die Arbeiter brauchen. Je mehr wir die Ausfuhr steigern, desto mehr steigern wir die Einfuhr, was schließlich dazu führen muß, daß wir ein Vielfaches der Ausfuhr auch einführen müssen. Wenn wir annehmen, daß wir das Dreifache oder Vierfache der Vorkriegszeit produzieren müssen, dann wollen Sie sich bitte einmal über die Frage äußern: Wo bleibt der Weltmarkt? Wenn Deutschland derartige Massen exportiert, so würde der ganze Weltmarkt vollkommen in Unordnung kommen.

Die anderen Länder werden dann gar nicht mehr konkurrieren können. Wie sollen wir eine derartige Ausfuhr bewerkstelligen können? Man kann auch auf die Dauer die Ausfuhr nicht fördern, wenn man den inneren Bedarf zu sehr einschränkt.

Die Ausfuhrabgabe.

Es ist eben eine durchaus nicht durchdachte, sondern von unvernünftigen Optimisten eingegebene Idee, daß wir dauernd Milliarden Goldmark Ausfuhrüberschüsse unseren Gegnern zur Verfügung stellen können. Nun geht aber die gegnerische Partei gar nicht darauf aus, uns eine derartige Ausfuhr möglich zu machen. Sondern im Gegenteil, schon jetzt macht sich das Bestreben geltend, unsere Ausfuhr zu unterbinden. Es ist das nicht nur ein klares Ergebnis des Pariser Friedensvertrages, es ist auch das klare Ergebnis der Bestrebungen, mit denen wir überall zu tun haben. Überall fürchtet man die deutsche Konkurrenz, überall wird Vorjorge getroffen, die deutsche Konkurrenz, die durch den geringen Wert der deutschen Valuta Aussicht auf Wirtschaftserfolge hat, wieder zurückzudrängen. Wie paßt dazu die Forderung auf eine jährliche Leistung von sechs Milliarden Goldmark und wie paßt dazu die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe?

In erster Linie ist uns diese Abgabe als Zwangsmittel auferlegt worden, indem man uns sagte: Wenn Ihr die zwölfprozentige Auflage nicht auf eure Ausfuhr legt, so lassen Euch die anderen Länder schwere Einfuhrzölle auf eure deutschen Waren, und dann geben diese Einfuhrzölle alle in die Taschen anderer Länder! Jetzt sagt man, die Sache ist ganz anders. Man sagt, es handelt sich gar nicht um eine Auflage auf die Ausfuhr, sondern das soll nur ein Zuschlag auf die sechs Milliarden Goldmark sein, der die Besserung der deutschen Verhältnisse berücksichtigen soll. Das ist eine irrtümliche Auffassung. Machen Sie sich doch einmal klar: wenn diese 12 Prozent auf die allgemeine Steuerpflicht umgelegt werden, dann würde sehr bald diese Forderung der deutsche Steuerzahler nicht mehr tragen können. Das würde dazu führen, daß er sagt: das muß auch die Industrie zahlen, die den Exportgewinn macht. Und der gerechte Ausgleich der Steuerlasten wird nach einer Umlage auf die deutsche Industrie verlangt.

Es wird also eine unserer wichtigsten Quellen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft künstlich vermindert, künstlich zum Versiegen gebracht. Und wie falsch die Auffassung der Gegenseite ist, als wenn wir uns einer nach wenigen Jahren zu berechnenden gewaltigen Steigerung unserer Exportfähigkeit gegenüber befinden, macht sich bereits in den letzten Tagen bemerkbar. Die neuesten Statistiken der Arbeitslosigkeit zeigen, daß von einer solchen Aufwärtsbewegung gar nicht die Rede sein kann. Ich glaube, daß wir eine ganz andere Entwicklung haben werden. Die Welle der Geschäftslosigkeit, die von Amerika gekommen ist, wird auch uns erfassen. Die Tendenz der Welt geht dahin, sich möglichst einzuschränken. Wenn wir die furchtbaren Lasten, die der Krieg gebracht, durch Sparsamkeit abzugeben beabsichtigen, wie kann man glauben, daß Deutschland von allen Ländern der Welt dasjenige Land sein kann, das den Export eine derartig exorbitante Steigerung geben kann, daß Deutschland sechs Milliarden Goldmark plus der 12 Prozent leisten könnte?

Die Forderung dieser beiden Leistungen ist eben nichts weiter als eine vollkommene Zerstörung der deutschen Wirtschaft, die angeblich zugunsten der anderen Beteiligten beabsichtigt ist, in Wirklichkeit aber auch die anderen Beteiligten zerstört wird. Ich halte die Fronarbeit, die man uns für 42 Jahre lang auferlegen will, für eine Vernichtung des ehrlichen Handels und der ehrlichen Arbeit der ganzen Welt und deshalb handeln diejenigen Regierungen ihren eigenen Interessen entgegen, die das deutsche Volk zu einer solchen Fronarbeit verurteilen wollen. Es ist ja schon darauf hingewiesen, daß eine derartige Beurteilung des deutschen Volkes zur Fronarbeit gegen die feierlich unterschriebenen Verpflichtungen unserer Gegner verstoßt. Die uns zugedachte Arbeitsleistung kann gar nicht anders geleistet werden, als unter größtmöglicher Anspannung der Leistungsfähigkeit, weit über das Maß derjenigen hinaus, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren geleistet hat.

Die Gegenanschläge.

Es ist von der Reichsregierung unmittelbar nach Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse beschlossen worden, daß wir Gegenanschläge machen wollen. Wir haben uns inzwischen große Mühe gegeben, die ungeheuer schwere Aufgabe zu lösen. Wir müssen bei diesen Gegenanschlägen die Bedürfnisse unserer Gegner prüfen.

Es handelt sich dabei zunächst um ein gewaltiges Finanzbedürfnis Frankreichs. Dazu kommt aber als zweites eine große Sorge, die fast alle unsere Gegner erfüllt und anerkennt auch England betrifft, die große Sorge der deutschen Konkurrenz. Man will gleichzeitig die deutsche Wirtschaftskraft als Konkurrenz ausschalten und als leistende Arbeitsmaschine anspannen.